

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA)

Von M. Loewe, A. El-Haddad, M.
Furness, A. Houdret, B. Trautner, T.
Zintl,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 05.12.2016

Ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA)

Bonn, 05.12.2016. Die Aufstände des ‚Arabischen Frühlings‘ von 2011 haben gezeigt, dass die MENA-Länder viel fragiler waren, als viele Beobachter erwartet hatten. Selbst westliche Regierungen, die den Mangel an Demokratie in den MENA-Ländern kritisierten, hoben hervor, dass sie zumindest politisch stabil seien. Ein wesentliches Ziel ihrer Entwicklungszusammenarbeit war es, ebendiese Stabilität zu bewahren. Doch viele ihrer Politiken zielten dabei eher auf kurzfristige Stabilität ab, denn sie halfen den MENA-Ländern den ‚alten Gesellschaftsvertrag‘ aufrechtzuerhalten anstatt einen ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘ mit umfassenderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu unterstützen. Ein solcher könnte z.B. größere sozioökonomische Gerechtigkeit und Transparenz beim Regierungshandeln schaffen und dadurch langfristige politische Stabilität erzeugen.

Was sind Gesellschaftsverträge? Im Grunde sind es Vereinbarungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und der Regierung, in denen ihre jeweiligen Rechte, Erwartungen und Pflichten festgelegt werden. Solche Vereinbarungen bestehen in allen Ländern der Welt. Sie werden von allen Parteien respektiert, bestehen aber bisweilen auch nur deshalb fort, weil Menschen eine Verschlechterung ihrer Situation befürchten. Manchmal brechen Regierungen oder Gesellschaften einen Gesellschaftsvertrag einseitig durch Aufstand, Staatsstreich, repressive Handlungen oder Maßnahmen, die die Lebensgrundlagen unterminieren.

Der alte Gesellschaftsvertrag der MENA-Länder basierte auf Renteneinnahmen aus Erdöl-, Gas-, Gold- und Phosphat-Exporten, geostrategischen Renten (wie die Nutzungsgebühren für den Suezkanal in Ägypten), Rücküberweisungen von Migranten und Einnahmen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Die Verträge bestimmten die Verteilung der Einkommen auf die Bürger mittels Arbeitsplätzen im Staatsdienst, Subventionen, Transfers, freier Gesundheitsfürsorge und Bildung, Wohnraum und Privilegien. Dies galt als Ausgleich für mangelnde politische Partizipation und Transparenz in Politik, Verwaltung und Justiz. Aber mit wachsenden Bevölkerungen und sinkenden Staatseinnahmen waren die Regierungen immer weniger in der Lage, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie konzentrierten sich zunehmend auf strategisch wichtige soziale Gruppen. Die Bürger litten unter schlechteren sozioökonomischen Bedingungen und hatten weiterhin keinen spürbaren Einfluss auf die Politik, was sie 2011 schließlich auf die Straßen trieb und „Brot! Freiheit! Soziale Gerechtigkeit!“ fordern ließ.

Seither hat nur Tunesien ernsthaft die Suche nach einem neuen, nachhaltigeren Gesellschaftsvertrag begonnen. Syrien, der Jemen und Libyen sind in Bürgerkriege versunken, die erst enden werden, wenn sich alle relevanten Konfliktparteien auf einen neuen Gesellschaftsvertrag

einigen. Schlimmer noch, durch Flüchtlingsströme und konfessionelle Spaltungen beeinträchtigen diese Konflikte auch die Nachbarländer. Die meisten MENA-Länder bauen weiterhin auf den ‚alten Gesellschaftsvertrag‘: Sie werden noch immer von den autoritären Regimen alten Stils regiert. Kurzfristig mögen diese Staaten stabil sein - längerfristig laufen sie jedoch Gefahr zu implodieren, weil ihre grundlegenden Probleme ungelöst bleiben. Politische Repression hat zugenommen- und dies mit der stillschweigenden Zustimmung einiger westlicher Regierungen. . Wenn es den MENA-Regierungen nicht gelingt, bald menschliche Entwicklung anzustoßen und einen neuen Gesellschaftsvertrag anzubieten, ist eine neue Welle von Revolten und Bürgerkriegen wahrscheinlich. Gleichzeitig müssen die MENA-Gesellschaften in einen Aushandlungsprozess treten. Die Abkehr vom ‚System‘ alleine hat seit dem sog. Arabischen Frühling nicht ausgereicht, Wandel herbeizuführen.

Tragisch ist, dass auch viele Geberländer weiterhin die alten Gesellschaftsverträge unterstützen. Sie geben MENA-Regierungen großzügige Kredite und Transfers, statt ihnen Unterstützung bei der Gestaltung und Umsetzung neuer Gesellschaftsverträge anzubieten. Langfristig haben jedoch MENA- und westliche Regierungen ein gemeinsames Interesse an neuen Gesellschaftsverträgen. Wenn die MENA-Regierungen sich weiter Transparenz und politischer Partizipation widersetzen und zugleich nicht in der Lage sind, stärkeres Wirtschaftswachstum und sozialen Ausgleich zu schaffen, dürften die Bürger wieder rebellieren. Millionen Menschen könnten versuchen, aus implodierenden Ländern zu fliehen.

Es ist natürlich unrealistisch zu hoffen, dass die autoritären Regime und die sich modernisierenden Gesellschaften der MENA-Region ihre tief verwurzelten Probleme über Nacht lösen werden. Auch ein ‚Regimewechsel‘ von außen funktioniert nicht. Aber arabische Regime können viel mehr tun, um Korruption zu bekämpfen, die Rechenschaftspflicht der öffentlichen Verwaltung und der Justiz zu verbessern, die Qualität öffentlicher Dienstleistungen (insbesondere bei Bildung und Gesundheit) zu stärken sowie Effizienz und Gerechtigkeit bei Steuern und öffentlichen Ausgaben zu erhöhen.

Westliche Länder, die der liberalen Demokratie verpflichtet bleiben, sollten sich nicht länger darum sorgen, wie die bestehende politische Ordnung in der MENA-Region ‚stabilisiert‘ werden kann – sie wird, wenn keine Reformen stattfinden, früher oder später unter dem Druck gesellschaftlichen Wandels kollabieren. Stattdessen sollten Entwicklungspartner, die dies im Wortsinn sind, fragen, wie sie MENA-Ländern helfen können, neue, nachhaltige Gesellschaftsverträge zu gestalten, die sowohl für Bürger als auch Regierungen besser funktionieren.